

für eine aktive Friedenspolitik. Dabei darf die Suche nicht in Europa enden, sondern muss sich gezielt an Länder der so genannten Dritten Welt richten.

Österreich hat mehrmals in kritischen Situationen die Führungen der USA und der Sowjetunion an einen Tisch gebracht. Im sich zuspitzenden Konflikt der USA mit China ist das auch wieder denkbar.

Die Wiederbelebung einer aktiven Neutralitätspolitik ist nur denkbar, wenn sich die Kräfteverhältnisse in Österreich verändern, wenn sich eine Friedensbewegung bildet und Druck auf die Regierung ausübt, den Neutralitätsbruch zu beenden.

Weil die KPÖ die einzige Partei ist, die die Neutralität verteidigt und nicht auf NATO-Kurs einschwenkt, wird sie scharf bekämpft und von den bürgerlichen Parteien und Medien wegen ihrer Friedenspositionen angegriffen. In der Bevölkerung zeigt sich ein anderes Bild: 80 % sprechen sich in Umfragen für die Neutralität aus, die KPÖ will sie ab dem kommenden Jahr auch im Parlament verteidigen.

Sechs Thesen ...

... zum Umgang mit dem Beschluss »Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch« des 6. ver.di Bundeskongresses

Michael Quetting

1. Der ver.di Kongress hat Grundsatzpositionen der Friedensbewegung verlassen. ver.di ist für Waffenlieferungen in die Ukraine. Das ist schlecht und erschwert die Friedensarbeit innerhalb von ver.di.
2. ver.di definiert sich weiterhin als Teil der Friedensbewegung und benennt wichtige Forderungen gegen Krieg, Militarismus und für Abrüstung, die aufgegriffen werden müssen.
3. Die Zeitenwende ist in ver.di angekommen. Der Einfluss von SPD und Grünen wächst wieder, allerdings verkürzt die Überschrift »Des Kanzlers Gewerkschaft« die Wahrheit und spiegelt nicht die Realität wider.
4. Sowohl Grundsatzreferat, Diskussion wie auch Beschlussfassung zeigen eine Gewerkschaft, die deutlich mehr auf offensive Interessenvertretung und Ausweitung von Kämpfen setzt, als sich einer Konzertierte Aktion unterzuordnen.
5. Die Verbindung zwischen Friedenskampf und sozialer Frage wird erkannt, wenn auch nicht deutlich genug ausgesprochen. Frank Werneke sagte unter Beifall in seiner Grundsatzrede als ver.di-Vorsitzender: »100 Milliarden Euro sind im Sonderfonds für die Bundeswehr. Das lehnen wir ab. Aber wenn 100 Milliarden Euro an Sondervermögen für die Bundeswehr möglich sind, dann muss es doch möglich sein, im gleichen Umfang auch Sondervermögen für Bildung, für Gesundheit, für Wohnen

und für Verkehrswende zur Verfügung zu stellen.«

6. Jede/r fünfte Delegierte stimmte gegen den Vorstandsantrag zur Friedenspolitik. Das ist bemerkenswert. Das Engagement von Friedensaktivist:innen – die ja alles andere als ein einheitlicher Block sind – war schon im Vorfeld und auf dem verd.i-Kongress beachtlich und nicht vergeblich. Das bietet die Chance für weitere Überzeugungsarbeit. Für uns muss die Diskussion Anlass sein, sich nicht zurückzuziehen und eine Abkehr von früheren Positionen zu beklagen. Es gibt unterschiedliche Positionen, folglich müssen wir für unsere Position werben – innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaft.

Zur Erläuterung

Richtig ist, ver.di hat im Bereich der Friedenspolitik einen Beschluss gefasst, der von ihren bisherigen Positionen abweicht. Darüber gab es sowohl auf dem Kongress als auch schon vorher eine heftige Diskussion. Dieser Leit-antrag wurde vom hauptamtlichen Bundesvorstand erarbeitet und vom ehrenamtlichen Gewerkschaftsrat eingebracht. Der Beschluss verurteilt scharf den Angriff Russlands auf die Ukraine und hält Militärhilfe für die Ukraine und Sanktionen für »grundsätzlich richtig«.

Allerdings werden weiterhin die 100 Mrd. Sonderschulden für die Bundeswehr und das 2 %-Ziel Militärhaushalt am BIP abgelehnt. Aus dem Krieg dürfe nicht der »Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der Nato gezogen werden.« Die »nukleare Teilhabe« Deutschlands wie auch die Anschaffung der F35-Kampffjets und die Lieferung der Taurus-Raketen an die Ukraine werden ausdrücklich abgelehnt. Es heißt dort ebenfalls: »Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in Kategorien wie ›Sieg‹ oder ›Niederlage«.

Das ist problematisch, da so weder Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer Auf- und Hochrüstungs-spirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.«

Wichtig erscheint mir auch: der Beschluss anerkennt nicht nur, dass es in ver.di unterschiedliche Positionen gibt. »ver.di steht für einen respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.«

Gerne wird in der Diskussion behauptet, faktisch wäre mit dem Beschluss die Satzung von ver.di außer Kraft gesetzt worden. Deshalb hätte er eine ⅔-Mehrheit gebraucht. Ich finde eine solche Diskussion nicht hilfreich. Die Satzung mit ihren Grundpositionen zu Menschenrechten, Freiheit, Solidarität etc. gilt weiterhin. Unser Leitbild bleibt: »Eine Welt ohne Konflikte wird es niemals geben. Aber eine Welt ist möglich, in der Konflikte friedlich geregelt werden. Allgemeine Abrüstung und eine durch die Völkergemeinschaft legitimierte Weltpolitik sorgen für Frieden. Wir setzen uns für eine Welt ohne Atomwaffen ein.«

Beachtlich war es, dass sich schon im Vorfeld des Kongresses viele Gewerkschafter:innen mit der Friedensproblematik befassten. Das kenne ich so nicht. Im Vorfeld des Kongresses hatte sich die Initiative »Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden« gebildet. Sie formulierte die Petition »SAGT NEIN! zum Leit-antrag für den ver.di-Bundes-kongress«. Ich fand die Sprache dieser Petition

nicht klug, weil sie nicht davon getragen war, auch schwankende oder zögernde Kolleg:innen zu gewinnen. Die linksradikale Sprache war m. E. nicht hilfreich. Trotzdem fand sie beachtliche Zustimmung. In kurzer Zeit wurde die Petition von 11.000 Gewerkschafter:innen unterstützt.

Auch auf dem Kongress selbst waren friedensbewegte Delegierte sehr sichtbar. Ein ganzer Tag wurde die Friedensfrage diskutiert, über 100 Redebeiträge zeigten die Zerrissenheit des Kongresses. Es gab 17 Änderungsanträge zum Leitantrag. Leider befasste sich lediglich ein Antrag aus Stuttgart mit der Vorgeschichte des Krieges und dem Unwillen der Ukraine und der Nato, das Minsker Abkommen umzusetzen.

Geschäftsordnungsanträge führten leider auch dazu, dass die 17 Änderungsanträge zum Leitantrag en bloc abgestimmt wurden. So konnte nicht mehr zu den einzelnen Änderungsanträgen diskutiert werden.

Resümee

Man muss diesen Beschluss schon als Niederlage für die Friedenskräfte bewerten, im Prinzip handelt es sich um ein Spiegelbild der herrschenden und veröffentlichten Meinung. Man sollte gleichzeitig auch zur Kenntnis nehmen, dass es beachtliche Abwehrkämpfe gegen diesen Beschluss gab. Jetzt heißt es: nicht nachlassen, sondern die begonnene Diskussion weiterführen und vorhandene Ansätze nutzen, um weitergehende Erkenntnisprozesse zu fördern. ver.di ist nicht auf Regierungskurs. Eine solche Einschätzung verkennt die Widersprüche und verbaut mögliche Chancen für weitere Auseinandersetzungen. Es gibt viele vorwärtsweisend Beschlüsse, die es anzupacken gilt.

ver.di ist an ihrem eigenen Anspruch zu messen, nämlich Teil der Friedensbewegung zu sein. Deswegen muss die Friedensbewegung auf ver.di zugehen und versuchen, sie zu Aktivitäten zu bewegen. Der Spielraum für eigenes Wirken ist zu nutzen.

Friedenspolitische Positionen geschärft

Klaus Pickshaus

Auf dem 25. Gewerkschaftstag der IG Metall fand angesichts des Ukraine-Kriegs am 24. Oktober eine bemerkenswerte Debatte statt, in deren Ergebnis die friedenspolitischen Positionen der IG Metall geschärft wurden. Eingangs wurde festgehalten, dass zwar unterschiedliche Ansichten in der Debatte zu vermerken seien, aber Krieg als Mittel der Politik von allen entschieden abgelehnt werden muss. Gegenüber dem Leitantrag des Vorstands (»Für eine verantwortliche Politik für Frieden und Sicherheit«) verlangte ein Ergänzungsantrag aus der Geschäftsstelle Hanau-Fulda, den die Geschäftsstelle Braunschweig unterstützte und von über 150 Delegierten unterzeichnet wurde, in mehreren Punkten klarere Aussagen. Bemerkenswert war, dass die Antragskommission in dieser Frage einen Konsens mit den Antragstellern suchte und auch fand.

Eine Kernaussage des Beschlusses lautet: »Wir setzen uns mit Nachdruck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. ... die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.« Die 1. Bevollmächtigte der Geschäftsstelle Braunschweig, Garnet Alps, kritisierte genau diese Situation: »Die Strack-Zimmermanns und Hofreiters dieser Welt krähen seit anderthalb Jahren nach nichts anderem als nach mehr Waffen, neuen Waffensystemen, nach Sieg und Niederlage.«

Zur umstrittenen Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine heißt es jetzt neu: »Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst